

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 6

Artikel: Der neue Wirtschaftsmechanismus in Ungarn
Autor: Jurt, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338254>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Wirtschaftsmechanismus in Ungarn ¹

Wenn man durch die Strassen der ungarischen Hauptstadt geht, fällt es auf, wie die meisten Leute elegant gekleidet sind. Neben dem eintönigen Grau-in-Grau, an das man sich im Ostblock gewöhnt ist, nehmen sich die Budapester geradezu westlich aus.

Relativer Wohlstand

Die Schaufenster bieten ein reiches Angebot, das man sonst kaum in einem anderen Ostblockland findet. Westliche Spirituosen und Luxusartikel, vom schottischen Whisky bis zum Pariser Parfum, stehen in Fülle in den Auslagen. Diese Artikel kann man sonst im Osten nur gegen harte Währung in den Geschäften für Touristen kaufen. Darum ist dort die einheimische Bevölkerung so erpicht auf westliches Geld, für das auf dem Schwarzmarkt oft das Doppelte des offiziellen Kurses angeboten wird; nicht aber in Budapest, wo man sich alle Textilien und Nahrungsmittel in ungarischen Forints erstehen kann. Ein Hilfsarbeiter verdient hier 1200 bis 1600 Forint, ein Facharbeiter 1500 bis 3000 Forint (1 Forint = 16 Rappen). Das erscheint sehr wenig, wenn man bedenkt, dass eine gute Kleidung auf 1100 Forint, ein Wintermantel auf 1500 Forint, zu stehen kommt. Solche Vergleiche sind aber zu summarisch; ein gutes Essen kostet hingegen nur etwa 30 Forint, eine Langspielplatte 66 Forint. Beim Lohn sind alle Steuern und Abgaben bereits abgezogen. Die Miete ist sehr billig; es gibt Wohnungen für 80 Forint im Monat. Die Verkehrsmittel kosten sehr wenig, Spitalaufenthalt und ärztliche Behandlung sind gratis, ebenso alle Schulen vom Kindergarten bis zur Universität. Die Autos sind relativ teuer; der billigste Wagen, der ostdeutsche Trabant, kostet 48 000 Forint (8 000.– SFr.) ein Fiat 130 000 Forint. Trotzdem sieht man in der Stadt immer mehr Wagen auch westlicher Provenienz.

Bei all dem darf man nicht vergessen, dass Budapest, das eigentliche Industriezentrum des Landes, wo ein Fünftel der Bevölkerung lebt, nach dem Zweiten Weltkrieg zu 70% zerstört war. Die fast ganz verstaatlichte Industrie konnte ihre Erzeugung seit 1938 immerhin verfünffachen.

Wirtschaftsreform seit 1968

Den relativen Wohlstand verdankt Ungarn dem *Neuen Wirtschaftsmechanismus*, der Wirtschaftsreform, die seit dem 1. Januar 1968 in Kraft steht. Wenn man den Angriffen, die die Ideologen von Moskau, Ostberlin und Warschau gegen Ota Sik vorbrachten, Glauben schenken wollte, hätten die Prager Reformer das Land in den Westen integrieren und den Kapi-

¹ vgl. «Profil» 1 und 2/70

talismus im Innern wieder aufrichten wollen. Das Land, das nach der Tschechoslowakei die besten Gründe hatte, sich betroffen zu fühlen, war Ungarn. Denn die ungarische Wirtschaftsreform ist mindestens ebenso kühn, wenn nicht noch kühner als die des nördlichen Nachbarlandes. Die meisten Experten vertreten Ansichten, die von denen Ota Siks wenig verschieden sind. In Budapest wurde darum die tschechische Wirtschaftsreform kaum angegriffen. Eines der Werke Ota Siks dient heute noch als Handbuch an der Hochschule für Wirtschaftswissenschaften in Budapest.

Der *Neue Wirtschaftsmechanismus*, der nicht *einen Vater* hat, sondern von Tausenden von Experten entworfen wurde, ist für die Bevölkerung bereits ein Begriff. So erzählt man sich in Budapest mit Schmunzeln, Kadar habe vor dem Neujahr 1968 den Herrgott um seine Hilfe für das Gelingen der Reform gebeten. «Mit oder ohne Wunder», habe der Herrgott gefragt. «Selbstverständlich ohne Wunder», meinte Kadar. Tags darauf sei der Parteisekretär höchst erstaunt gewesen über die glänzende Arbeit im Parlament und in den Betrieben. Bei näherem Zuschauen habe er aber entdeckt, dass nicht Menschen, sondern Engel an der Arbeit waren. Darauf sprach er beim Herrgott vor, mit dem Einwand, sie hätten doch eine Hilfe ohne Wunder verabredet. Darauf der Herrgott: «Ein Wunder wäre es gewesen, wenn die Ungarn selber solche Arbeit zustande gebracht hätten!»

Stagnation vor 1968

Dr. Jozsef Bogнар untersucht in seiner Schrift, auf die wir uns vor allem stützen, *Neuer Wirtschaftsmechanismus und Ost-West-Handel*, die sich wohltuend von dem dogmatisch orientierten Theoretikern abhebt, die Bedingungen, die zu einer Reform führen mussten: im Jahre 1965 lag das Nationaleinkommen nur um 25% über dem des Jahres 1960, währenddem der Plan eine Wachstumsrate von 36% vorgesehen hatte. Dieser Stagnation konnte nur mit einer Reform begegnet werden, «weil die Mehrzahl der Menschen im Lande das mangelhafte Funktionieren der Wirtschaft nicht dem Zufall oder menschlichen Versagen einzelner Personen, sondern dem Organismus zuschreibt». Des weitern hatte die einseitige Förderung der industriellen Produktion eine Stagnation, ja einen Rückgang der Agrarproduktion hervorgerufen. Die Senkung der Agrarexporte zwang zu einer Erhöhung der Importe, so dass die erforderlichen Devisen für neuzeitliche Investitionsgüter nicht mehr zur Verfügung standen. Der Comecon sicherte wohl Ungarn einen Schutz, da die Preise für die exportierten Industrieartikel über dem des Weltmarktpreises liegen, jene für die Rohstoffe, die eingeführt werden müssen, leicht unter dem Niveau der Weltmarktpreise. So entwickelte sich die östliche Binnenwirtschaft ohne den frischen Wind der Konkurrenz in einer Treibhausatmosphäre, da sich die Comecon-Länder «gegenseitig häufig mit technisch und zeitgemässen Waren belieferten oder die mit Warenlieferungen einhergehenden Dienstleistungen sich schuldig

blieben. Die unzeitgemässen Produkte wieder führten zu einer Senkung des technischen Niveaus in den Empfangsländern».

Die Stagnation der ungarischen Wirtschaft sollte überwunden werden durch die Einführung des Marktprinzips.

Verstaatlichte Produktionsmittel und Planwirtschaft

Es wäre aber verfehlt, wenn man sich im Westen von der Liberalisierung der Wirtschaft her eine Erosion des kommunistischen Gesellschaftssystems erwarten würde. Die Durchführung der Wirtschaftsreform erfordert nach J. Bognar «ein gefestigtes gesellschaftlich-ökonomisches System und eine Regierung, die unbestrittene Autorität genießt». Man ist sich bewusst, dass in der Übergangszeit die «Gegner des Systems» zu stärkerer Aktivität übergehen, da die Dezentralisation die unmittelbare Macht des Überbaus schwächt.

An der Grundtatsache, dass die Produktionsmittel sich im Eigentum des Staates befinden, wird nicht gerüttelt. Interessanterweise halten auch die französischen Sozialisten am Postulat der Verstaatlichung der Produktionsmittel fest, währenddem die SPD in ihrem berühmten Godesberger Programm vom November 1959 diese Forderung fallen liess, mit dem Hinweis, ein sozialistischer Staat solle die freie Marktwirtschaft respektieren und nur eingreifen, um die Wettbewerbsbedingungen aufrecht zu erhalten und eine gerechtere Verteilung des Reichtums zu ermöglichen. Dass die ungarische Wirtschaftsreform weit vom SPD-Modell entfernt ist, beweist ein Urteil von Georg Lukacs: «Die heutige Sozialdemokratie stellt bloss die Alternative einer besseren CDU auf, das heisst einer Partei, die die Interessen des deutschen Gesamtkapitalismus vertritt und nicht willfährig wie diese den Lobbytendenzen einzelner Gruppen Konzessionen macht.»

In Ungarn sind zwar gewisse Privatbetriebe, die bis zu 4 Personen beschäftigen, zugelassen. Die Liste der Berufe, die auch im Privatbetrieb ausgeübt werden dürfen, wurde im Juni 1968 von 19 auf 70 erhöht, so dass man heute in Ungarn etwa 9500 private Werkstätten zählt. Auch Teile der Landwirtschaft werden genossenschaftlich verwaltet; es gibt Domänen, in denen die Bauern Boden und Maschinen besitzen, währenddem der selbstgewählte Präsident der Genossenschaft einkauft und verkauft. In anderen Gütern sind Maschinen und Boden Besitz der Genossenschaft. Der einzelne Bauer wird je nach Zahl der Produktionseinheiten, die er erreicht hat, entlohnt.

Die Planwirtschaft – «die rationale Wirtschaftslenkung» in der östlichen Terminologie – ist ein weiterer Punkt, der durch den neuen Wirtschaftsmechanismus nicht in Frage gestellt wird. Bis jetzt geschah die Wirtschaftslenkung direkt und unmittelbar durch zentralistische Behörden. Das erforderte eine grosse Bürokratie. Die Selbständigkeit und die Verantwortung der Betriebe war auf ein Mindestmass reduziert. Da Rendite und Konkurrenz

keine Triebfedern waren, konnten die Verkaufspreise manchmal nicht die Gestehungskosten decken, und der Staat musste durch Subventionen in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen.

Indirekte Wirtschaftslenkung durch Marktprinzip

Der Neue Wirtschaftsmechanismus führt das Marktprinzip als wesentliches Kriterium des ökonomischen Prozesses ein. Dem einzelnen Betrieb wird eine grössere Selbständigkeit zugestanden, seine Produkte müssen marktgerecht und nicht nur plangerecht sein. Die Konkurrenz verschiedener Firmen führt zum Wettbewerb. Der Markt erfüllt so grundlegende Funktionen: Er ist der Schauplatz der Auseinandersetzung der partikularen Interessen des einzelnen und der gesellschaftlichen Interessen des Staates. Die Notwendigkeit, das Gleichgewicht des Marktes zu bewahren, vermag die Regierung zu Massnahmen zu veranlassen, die im Plan nicht vorgesehen waren. «Der Markt stellt im mikro- und makroökonomischen Sinn ein Signalsystem dar, welches den verschiedenen Wirtschaftszweigen ständig Informationen über das Wirtschaftsgeschehen zuleitet . . . Ob eine wirtschaftspolitische Konzeption rational wirksam ist, lässt sich nur über den Markt feststellen, zeigt es sich doch letzten Endes auf diesem, ob die einer Entscheidung zugrunde gelegten Umstände der tatsächlichen Lage entsprechen haben oder nicht.» So geschieht die Wirtschaftslenkung indirekt und mittelbar auf dem Wege über den Markt. Die Preise werden an das Spiel von Angebot und Nachfrage herangeführt. Der Gewinn wird zu einer neuen Form des materiellen Anreizes erhoben. Das bedeutet eine Angleichung an die Wertverhältnisse und Impulse, die auf dem Weltmarkt zur Geltung kommen. Das ist sehr wichtig für ein Land wie Ungarn, das auf den Aussenhandel sehr angewiesen ist, gelangen doch 40% der in Ungarn erzeugten Güter zur Ausfuhr.

Kooperation mit dem Westen

Logische Konsequenz dieser Reform ist ein Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen. Durch industrielle Kooperation sollen die Absatzmärkte ausgeweitet werden. Man sieht vor allem eine Zusammenarbeit von Ost- und Westeuropa auf dem Gebiete der chemischen Industrie und des Maschinenbaus für sinnvoll, damit gemeinsam der gewaltige Abstand gegenüber Amerika aufgeholt werden könnte. «Es wäre Dogmatismus, anzunehmen,» schreibt J. Bognar, «dass gut zusammenzuarbeiten nur Länder oder Unternehmen imstande sind, die gleichen oder einander ähnliche Systemen angehören. Der sicherste Ausgangspunkt für jede wirtschaftliche Kooperation ist und bleibt stets die Gemeinsamkeit der aufeinander abgestimmten Interessen.» Der Autor fügt jedoch hinzu: «Zur Zeit des ideologischen Argwohns und des kalten Krieges kann sich eine gut regionale, auf

die soeben erwähnten soliden Faktoren aufgebaute Zusammenarbeit nicht entfalten.»

Erste Resultate

Welche Ergebnisse hat nun der Neue Wirtschaftsmechanismus nach dem ersten Jahr gezeitigt. Die Industrieproduktion ist im Jahre 1968 um 7% gestiegen; es ist die selbe Zuwachsrate wie im Jahre 1967, sie liegt aber wesentlich höher als das Mittel der Jahre 1960–1966: 5,3%. (Wir entnehmen das Zahlenmaterial einem gut orientierten Artikel von Michel Tatu in *Le Monde*: «La Hongrie continue d'appliquer une réforme audacieuse en dépit de la crise tchécoslovaque»).

Die Handelsbilanz ist bedeutend günstiger als in den vergangenen Jahren; die Exporte sind um 8% angewachsen, die Importe nur um 3–4%. Die befürchtete Inflation trat nicht ein. Preise und Löhne blieben stabil (Zuwachsrate 2–3%). Die Abwertung um 25% förderte den Tourismus, blieb aber ohne nachteilige Folgen für den Binnenhandel.

Dieses positive Bild muss aber nuanciert werden: Die Unternehmen wenden noch meist wie in der Vergangenheit extensive Methoden an. Die Konsumenten ziehen es vor, zu sparen statt zu konsumieren. Die Investitionskredite des Staates konnten nicht im erhofften Masse reduziert werden. Die Selbstfinanzierung der Unternehmen hat sich noch nicht eingespielt. Trotz dieser Schwierigkeiten, die teilweise unvermeidlich waren, hat der Neue Wirtschaftsmechanismus dazu beigetragen, die «ökonomische Landschaft» Ungarns zu verändern. So wurde zum Beispiel die Einfuhr von Konsumgütern erleichtert, damit die eigenen Produkte einer gesunden Konkurrenz ausgesetzt seien. Von den Reprivatisierungen war schon die Rede. Den grossen Unternehmen wurde auch gestattet, gewisse Aufträge in Heimarbeit ausführen zu lassen.

Der Neue Wirtschaftsmechanismus beweist, dass eine Planwirtschaft ohne Marktorientierung, ohne die Förderung der Privatinitiative und des materiellen Anreizes nicht zum Erfolg führen kann.